

Inhalt der Sitzung vom 27.02.2012

TOP Ö 2

Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co.KG sponserten am 20.01.2012 den Plankstadter Jahresrückblick 2011 mit 1.000 Euro. Im Jahresrückblick wurde Werbung aufgenommen. Ebenfalls die Stadtwerke Schwetzingen GmbH & Co.KG sponserten am 10.02.2012 mit weiteren 1.000 Euro das Plankstadter Frühjahrsfest. Das Logo der Stadtwerke befindet sich auf Plakaten und Eintrittskarten abgedruckt.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) dankte den Sponsoren und gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) dankte ebenfalls den Sponsoren und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung zum Sponsoring des Jahresrückblicks und die Ablehnung zum Sponsoring des Frühjahrsfestes im Namen der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) monierte, dass der Gemeinderat am Jahresrückblick redaktionell nicht beteiligt gewesen sei. Er fand, dass ein Gesamtfoto des Gemeinderats gefehlt hätte und forderte, künftig vor einem Erscheinen derartiger Werke über Zuwendungen zu entscheiden.

Es gäbe prinzipielle Einwände gegen Sponsoring und es wäre keine Aufgabe der Gemeindeverwaltung Veranstaltungen wie das Frühjahrsfest durchzuführen. Man solle analog des Partnerschaftsvereins einen Verein gründen, der derartige Veranstaltungen in eigener Regie durchführe. Dies sei dann auch eine Entlastung für die Verwaltung. Er gab die Ablehnung der GLP.

Der Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen stimmte der Gemeinderat mehrheitlich zu mit

13 Ja-Stimmen PL (6), CDU (6), die Stimme des Bürgermeisters
5 Nein-Stimmen SPD (3), GLP (2).

TOP Ö 3

Änderung der Feuerwehrsatzung

Das Feuerweggesetz wurde am 9. April 2010 neu bekannt gemacht, die Novelle zum Feuerweggesetz ist bereits am 19. November 2009 in Kraft getreten. Die Rechtsänderungen machen die Änderung unserer Feuerwehrsatzung erforderlich. Die Neufassung der „Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Plankstadt“ ist analog der Mustersatzung gestaltet und schöpft die Ermächtigung des Feuerweggesetzes aus. Wichtigste Neuerungen: Mit der Novelle neu eingeführt wurde der Begriff der „Einsatzabteilung“, der an die Stelle der bisherigen „aktiven Abteilung“ tritt. Eine Aufnahme in die Feuerwehr ist bereits ab dem 17. Lebensjahr möglich, eine Teilnahme an Einsätzen jedoch erst ab dem 18. Lebensjahr.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass im § 4 III die Worte „bei dem“ und in § 17 III „mit“ ergänzt werden müssen. Sie dankte für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr und gab die Zustimmung der SPD.

BGM Schmitt dankte für die Korrekturen und hielt fest, dass der Gemeinderat die Satzung mit den genannten Korrekturen beschließt.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, ob die Altersabteilung bei der Wahl des Kommandanten stimmberechtigt sei oder nur die aktive Abteilung. BGM Schmitt sagte, dass lediglich die Einsatzabteilung den Kommandanten und den Feuerwehrausschuss wähle. Hohl gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat stimmte der Änderung der Feuerwehrsatzung einstimmig zu.

TOP Ö 4

Neubestellung des Gutachterausschusses zum 01.04.2012

Am 31.03.2012 endet die vierjährige Amtszeit des Gutachterausschusses der Gemeinde Plankstadt. Die derzeitigen Mitglieder wurden befragt, ob sie auch für die kommenden vier Jahre bereit sind, als Mitglied des Gutachterausschusses tätig zu sein. Alle Mitglieder haben sich bereit erklärt, weiterhin für die Gemeinde tätig zu sein.

Vor Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nahmen die GRe Hans-Peter Helmling und Andreas Wolf wegen Befangenheit im Zuhörerraum Platz.

GR Silke Layer (PL) bedankte sich im Namen der PL beim Gutachterausschuss und gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Gaby Wacker (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) bedankte sich für die Arbeit des Gutachterausschusses, über die es in der Bevölkerung keine Kritik gäbe, die aber auch begrenzt und überschaubar sei und gab die Zustimmung der GLP.

Bürgermeister Schmitt nutzte die Gelegenheit und dankte den Mitgliedern des Gutachterausschusses für ihr Engagement und die gute Arbeit. Der Aufwand, der hinter einem Gutachten stehe, sei oft erheblich und von außen nicht erkennbar.

Der Gemeinderat stimmte der Neubestellung des Gutachterausschusses zum 01.04.2012 einstimmig zu.

TOP Ö 5

Konzessionsvertrag Strom

Am 30.11.2012 läuft der Konzessionsvertrag mit der EnBW aus. Die verschiedenen kommunalen Optionen wurden im Ausschuss bereits ausführlich dargestellt. Die Ausschreibung wurde im elektronischen Bundesanzeiger bekanntgegeben. Um den Konzessionsvertrag bewarb sich als einziger Bieter die EnBW Regional AG Stuttgart. Mit dem Konzessionsvertrag erteilt die Gemeinde dem Unternehmen die Erlaubnis, Straßen, Wege, Plätze und sonstige Grundstücke zum Verlegen von Leitungen zu nutzen. Im Gegenzug für diese Gewährung erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe im gesetzlich geregelten jeweils höchstzulässigen Umfang. Der Konzessionsvertrag beginnt am 01.12.2012 und endet nach 20 Jahren am 30.11.2032. Der Gemeinde wurden, neben den Regelungen im Konzessionsvertrag, folgende Zusagen gemacht und schriftlich fixiert, die die Gemeinde bei Bedarf wählen kann:

- Kündigungsrecht des Vertrags (nach 10 Jahren/jederzeit, bei Einstieg in eine gemeinsame Netzpachtgesellschaft/jederzeit, bei Einstieg in eine gemeinsame Stromnetzgesellschaft)
- Gründung einer kommunalen Energiebeirats Plankstadt
- Gründung einer erneuerbaren Energiengesellschaft Plankstadt GmbH
- Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft
- Gründung eines gemeinsamen Energiewerks Plankstadt
- Freistellung von Folgekosten im Kabelnetz bei Baumaßnahmen, die seitens der Gemeinde durch Wahrung des öffentlichen Interesses angestoßen werden

- Endschaftsregelungen
- Modernisierungszusagen (20 kV-Verkabelung von der Station „Im Kleinfeld“ bis zum Gelände des Kleintierzuchtvereins mit Errichtung einer neuen Umspannstation/20 kV-Verkabelung von der Station „Bruchhäuser Weg links“ bis zum Häckselplatz mit Errichtung einer neuen Ortsnetz-station/Restverkabelung des bestehenden Freileitungsniederspannungsnetzes/Modernisierung der vorhandenen Turmstationen durch moderne Kompaktstationen/Anpassung des Erscheinungsbildes einzelner Stationen)
- Umsetzung des Pilotprojekts „Klimaneutrales Rathaus“.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass sich nur ein Bieter beworben habe, schränke die Gestaltungsmöglichkeiten ein, zeige aber auch das mangelnde Interesse anderer Energieunternehmen. Insbesondere wundere er sich, dass die MVV, die ja von verschiedener Seite als potentieller Fernwärmelieferant genannt wurde, sich nicht für Plankstadt interessiere. Die PL unterstütze das Projekt klimaneutrales Rathaus. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass die wichtigsten Punkte von Dr. Verclas bereits genannt wurden. Er erkundigte sich, wo genau die 20 KV-Verkabelungsstation „Im Kleinfeld“ stehe.

BAL Boxheimer sagte, die Leitung gehe vom Jungholz nahe dem Aussiedlerhof Berlinghof Richtung Kleintierzüchteranlage.

Prof. Dr. Weis gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die wesentlichen Punkte gesagt und wichtige Verbesserungen zum Mustervertrag erreicht wurden. Was die Energieversorgung angehe, sitze man auf unsicherer Seite. Es störe, dass lediglich die EnBW ein Angebot abgegeben habe. Er fragte, wie viel KW verbraucht würden, wenn die Beleuchtung am Tag brenne, ob das der Gemeinde in Rechnung gestellt würde und ob die neuen Anlagen störungsanfälliger seien. Dies wären Fragen, die die Bevölkerung bewege. Er gab die Zustimmung der SPD. BGM Schmitt, sagte, dass die Straßenbeleuchtung mit dem Konzessionsvertrag nichts habe, er den KW-Verbrauch ad hoc auch nicht benennen könne. Die Straßenbeleuchtung sei tagsüber nur dann an, wenn Funktionskontrollen oder Wartungsarbeiten durchgeführt werden.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass sie erstaunt sei, dass sich nur ein Bieter gemeldet habe. In Ketsch gab es auch mehrere Bieter. Es stelle sich die Frage, warum Plankstadt nicht attraktiv sei. Vielleicht müsse man einfach ein anderes Ausschreibungsverfahren wählen.

BGM Schmitt erklärte, dass das Ausschreibungsverfahren gesetzlich vorgegeben ist und hier kein Spielraum existiert. Schüller fragte, warum die Zusatzpunkte nicht im Vertrag stehen. BGM Schmitt sagte, dass der Musterkonzessionsvertrag gutachterlich geprüft sei und diese deshalb in einen Ergänzungsvertrag aufgenommen werden.

Schüller fragte, ob das „klimaneutrale Rathaus“ kostenfrei sei? BGM Schmitt sagte, es gehe hier um den Energieverbrauch im Rathaus, diesen co2-neutral darzustellen. Die beratende Dienstleistung ist kostenlos.

Schüller fragte, ob man die Ergebnisse vom Klimaschutzkonzept haben könne? BGM Schmitt sagte, dass diese sobald sie der Verwaltung vorliegen dem Gemeinderat zu Kenntnis gebracht werden.

Schüller forderte, dass die Punkte 1-9 in den Konzessionsvertrag aufgenommen werden. Bürgermeister Schmitt ergänzte den Beschlussvorschlag und ließ sich vom Gemeinderat einstimmig bestätigen, dass über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt wird.

Schüller gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat stimmte dem Konzessionsvertrag Strom einstimmig zu.

TOP Ö 6

Verkauf Mobilbagger Atlas 1004

Nachdem im vergangenen Jahr der neue MAN mit Ladekran im Bauhof in Betrieb ging wurde der vorhandene Atlas-Mobilbagger außer Betrieb genommen. Über mehrere Wochen wurde die Maschine incl. der vorhandenen Anbaugeräte auf einer großen Internet-Plattform für gebrauchte Baumaschinen angeboten. Das höchste Angebot wurde von der Fa. Kühnle aus Reilingen, die auch mit den Aushubarbeiten auf dem Friedhof beauftragt ist, in Höhe von 10.300 Euro abgegeben.

GR Horst Kolb (PL) gab die Zustimmung der PL. Eine Vorhaltung sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr sinnvoll.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass man den Bagger im Bauhof belassen solle, da gewisse Arbeiten mit dem Greifarm des MAN nicht machbar seien. Man solle die Maschine im Bestand lassen, der Unterhalt koste nicht viel. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Ablehnung der SPD. Der MAN könne nicht alle Arbeiten machen. Die SPD war gegen die Vergabe der Grabaushubarbeiten, daher sei sie auch gegen den Verkauf des Mobilbaggers an die Fa. Kühnle.

BGM Schmitt entgegnete, dass der Baggerverkauf mit dem Grabaushub überhaupt nichts zu tun habe.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass sich die GLP nicht schlüssig war, aber da ein anerkannter Baggerführer aus dem Gemeinderat sich gegen den Verkauf ausgesprochen habe, lehne man den Beschlussvorschlag ebenfalls ab.

GR Andreas Berger (CDU) fragte BAL Boxheimer, ob es aus seiner Sicht realisierbar sei, den Bagger vorzuhalten.

BAL Boxheimer sagte, dass der Bagger zwar weiter im Bauhof vorgehalten werden könne, dies jedoch aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll sei. Bereits bei Zustimmung des Gemeinderates zum Kauf des MAN wurde dargelegt, dass es im Jahr 2 bis 3 Situationen gebe, in denen der MAN nicht eingesetzt werden könne. Für diese war eine Beauftragung privater Firmen oder die Miete eines Kleinbaggers vorgesehen, da dies die wirtschaftlichste Lösung sei. Verzinsung, Wartung und Unterhalt eines eigenen Baggers sei mit höheren Kosten verbunden und der Bagger müsse erst noch einsatzbereit gemacht werden.

Der Verkauf des Mobilbaggers Atlas 1004 wurde mehrheitlich abgelehnt mit

7 Ja-Stimmen PI (6), die Stimme des Bürgermeisters

11 Nein-Stimmen CDU (6), SPD (3), GLP (2) .